

Klimaschutz und Solarunion zum europäischen Jahrhundertziel machen!

1. Ein europäisches Zukunftsprojekt

Die Europäische Union braucht eine umfassende Mobilisierung für den weltweiten Klimaschutz, denn die Wirklichkeit hat selbst die pessimistischen Szenarien und die Warnungen der Umweltbewegung überholt.

Die Gründung der Europäischen Gemeinschaft (EG) war wesentlich motiviert von dem Streben, eine dauerhafte und stabile Friedensordnung in Europa zu schaffen. Eines ihrer Gründungsziele – fußend auf der Montanunion - war es, die Energieversorgung neu aufzubauen und langfristig zu sichern. Die europäische Energieversorgung sollte auf fossilen Rohstoffen und auf Atomkraft als „Energiequelle der Zukunft“ basieren, was zur Gründung von EURATOM führte. Diese Konzentration auf fossile und nukleare Energien ist aus heutiger Sicht eine kapitale Fehlentscheidung, die es zu korrigieren gilt.

Unser Vorschlag ist, dass die Europäische Union schrittweise den Ausstieg aus der fossilen Energiewirtschaft festschreibt und sich zugleich mit klaren und verbindlichen Zeitplänen der Nationalstaaten aus der nuklearen Hochrisiko-Technik verabschiedet. Die Eindämmung des weltweiten Klimawandels muss zum zentralen Politikziel der EU werden. Darum schlagen wir für die neu zu belebende Debatte um eine europäische Verfassung vor, dass der Klimaschutz dort als Kernaufgabe der EU verankert wird – gleichrangig neben der Sicherung des Friedens, der Menschen- und Bürgerrechte, der Gleichberechtigung der Geschlechter, dem Umweltschutz und der interkulturellen Vielfalt. Die EU sollte sich zugleich verpflichten, noch in diesem Jahrhundert die Energieversorgung vollständig auf erneuerbare Träger umzustellen: Die Europäische Gemeinschaftsbildung, die mit Kohle, Stahl und Atomkraft begann, muss sich von der Montanunion in eine Solarunion verwandeln.

2. Einschätzung und Vorschläge zur europäischen Energiepolitik

Die Europäische Kommission hat in der Energiepolitik einige ermutigende Initiativen gestartet, die wir in der Tendenz unterstützen. Allerdings bleiben sie meist auf halbem Wege stehen. Vor allem aber wurden sie durch Interventionen einer kurzsichtigen Wirtschaftslobby und einiger Mitgliedsstaaten verwässert und teilweise blockiert. Herausgekommen ist ein verbal teilweise anspruchsvolles Paket von Zielen, für das allerdings bisher fast jede Unterlegung durch nationale und sektorale Teilziele oder erst recht mit konkreten Maßnahmen fehlt. Auch der schwarz/roten Bundesregierung ist es allen verbalen Ankündigungen zum Trotz bisher nicht gelungen, ernsthafte Fortschritte im Klimaschutz und beim Ausbau erneuerbarer Energien zu erreichen. Deutschland – vormals ein weltweiter Vorreiter im Klimaschutz – ist inzwischen eher zu einem Bremsklotz geworden.

Unsere Unterstützung finden:

- Die **Festlegung verbindlicher Reduktionsziele** für Treibhausgase nach Auslaufen des Kyoto-Protokolls 2010. Allerdings kritisieren wir, dass die Kommission sich dem Druck einiger Mitgliedsländer gebeugt hat und unkonditioniert nur „minus 20% CO₂“ bis 2020 vorschlägt. Dies ist weniger als nach eigenen Berechnungen der EU-Kommission erreicht würde, wenn die EU die Zielvorgaben von 20% erneuerbaren Energien und 20% Effizienzsteigerung erreichte. Der Himmel lässt sich nicht durch faule Kompromisse betrügen. Wenn die Erderwärmung nicht außer Kontrolle geraten soll, muss sich die EU einseitig und nicht nur für den Fall, dass andere mitmachen, auf mindestens „-30% bis 2020“ und „mindestens 80% bis 2050“ verständigen. Nur so geht Europa glaubwürdig in die internationalen Klimaverhandlungen.
- **Deutliche Reduktionsvorgaben im Emissionshandel.** Wir begrüßen und unterstützen insbesondere die Unnachgiebigkeit der EU-Kommission gegen die Bundesregierung, die mehr Verschmutzungsrechte für die nationalen Großemittenten sichern wollte. Allerdings ist es jetzt auch erforderlich, in der Fortsetzung des Emissionshandels europaweit die Versteigerung der Zertifikate durchzusetzen. Sinnvoll wäre für die dritte Verpflichtungsperiode eine vollständige Versteigerung der Emissionsrechte, die das Gezerre um brennstoff- und altersabhängige Zuweisungen von Zertifikaten in den nationalen Allokationsplänen überflüssig macht.
- Die **Trennung von Erzeugung und Transport bei leitungsgebundenen Energien.** Solange die Netze in der Verfügung der großen Energie“produzenten“ bleiben, ist ein gleichberechtigter Wettbewerb auf dem Energiemarkt nicht möglich und werden für Klimaschutz und Solarwende wirksame Initiativen erschwert. Allerdings kritisieren wir, dass die Pläne zur eigentumsrechtlichen Trennung von Erzeugung und Festlegung von den Mitgliedstaaten, insbesondere auch von der Bundesregierung, blockiert wurden. Wir plädieren für einen klaren Schnitt, also dafür, dass statt einer immer für Missbrauch offenen organisatorischen Trennung in demselben Unternehmen die volle eigentumsrechtliche Trennung von Erzeugung und Fernleitungen durchgesetzt wird.
- **Eine andere Verkehrspolitik in Europa.** Der Verkehr ist die am schnellsten wachsende Quelle für Treibhausgas- Emissionen. Der Sektor verursacht rund 30 Prozent des Ausstoßes in der EU, wobei Straßen - und Luftverkehr den Löwenanteil ausmachen. Die starke Zunahme des Verkehrs gefährdet auch die Fortschritte, die in anderen Sektoren bei der Verringerung der Treibhausgasemissionen gemacht wurden. Damit werden nicht nur unsere Verpflichtungen im Rahmen des Kyoto-Protokolls bis 2012, sondern auch anspruchsvolle CO₂-Reduktionen bis 2020 und darüber hinaus in Frage gestellt. In der EU braucht es deshalb einen radikalen Politikwechsel hin zu einer nachhaltigen Verkehrspolitik, die Schiene und öffentlichen Nahverkehr fördert und versucht Verkehr zu vermeiden, wo dies möglich ist. So muss die Kommission die enormen Subventionen für nicht nachhaltige Verkehrsarten in

der EU - etwa die Förderung des Straßenbaus oder die direkten und indirekten Subventionen des Flugverkehr- rasch stoppen.

- **Verbindliche Standards für die Energieeffizienz von Autos.** Der Vorstoß von EU-Kommissar Dimas auf Festlegung des CO₂-Grenzwerts auf 120 g pro km bis 2012 (entspricht rund 5l Treibstoff auf 100 km) nahm die freiwillige Selbstverpflichtung der europäischen Automobilindustrie endlich beim Wort. Wir kritisieren entschieden die Verwässerung dieses Ziels, die auf Druck der deutschen PKW-Branche und ihrer staatlichen Erfüllungsgehilfen in Berlin und Brüssel zugestanden wurde. Diese Verwässerung muss zurückgenommen und der Weg zu einem verbindlichen Durchschnittsverbrauch von 3-Liter für die europäische PKW-Flotte ab 2012 vorbereitet werden. Zugleich plädieren wir für CO₂-Grenzwerte für Transportfahrzeuge, verbunden mit einer europäischen Politik der Zurückdrängung des LKW-Verkehrs (Verlagerung von Straße auf Schiene, Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe).
- Die **Verabschiedung des Aktionsplans Energieeffizienz**, den die Kommission unter breiter (auch Grüner) europäischer Beteiligung bis 2006 vorbereitet hat. Bei der Unterlegung des Aktionsplans durch konkrete EU-Rechtsetzung und durch nationale Aktionspläne bestehen allerdings noch gravierende Defizite. Auch die Kommission scheint ihre eigenen Vorgaben nicht sehr ernst zu nehmen, da sie in ihrem Bericht über eine Energiepolitik für Europa von einer Entwicklung des Energieverbrauchs ausgeht, die die Effizienzverbesserungen nicht berücksichtigt. Sie sollte konkrete Vorschläge für die Erreichung des Ziels vorlegen. Auch die Mitgliedsstaaten müssen bis Mitte 2007 ihre nationalen Aktionspläne vorlegen. Außerdem sprechen wir uns für anspruchsvollere Zielsetzungen aus. Dabei sollte nicht betriebswirtschaftliche Rentabilität das einzige Kriterium sein, sondern die gesamten volkswirtschaftlichen Kosten inklusive der externen Kosten berücksichtigt werden
- Die Vorlage einer **Roadmap für erneuerbare Energien**, in der die Kommission ein verbindliches Ausbauziel von 20% erneuerbarer Energien am Gesamt-Energieverbrauch und ein Mindestziel von 10% Biokraftstoffen bis 2020 vorschlägt. Der Vorschlag für verbindliche anstatt der bisher nur empfehlenden Ausbauziele weist in die richtige Richtung, auch wenn wir uns gewünscht hätten, dass die Kommission die Zielmarke von 25% aus dem Vorschlag des EP anstelle der 20% aufgegriffen hätte. Leider verzichtet die Kommission in ihrer Roadmap auf den Vorschlag von Teilzielen für den Strombereich einerseits und den Wärmebereich andererseits, wie sie das Europäische Parlament wiederholt verlangt hat. Diese sektoralen Ziele sind dringend notwendig, um die mittelfristige Investitionssicherheit zu erhalten bzw. zu schaffen, die die Branche der erneuerbaren Energien unbedingt braucht. Auch muss endlich die ebenfalls vom Parlament immer wieder angemahnte Richtlinie für Heizen und Kühlen aus erneuerbaren Energien vorgelegt werden. Solange diese konkreten Umsetzungsmaßnahmen mit konkreten Zielen nicht in einschlägigen Richtlinien beschlossen sind, ist die notwendige Investitionssicherheit beim Ausbau erneuerbarer Energien nicht hinreichend sichergestellt.

3. Wichtige Defizite der europäischen Energiepolitik

- Die europäische Zwangsvergemeinschaftung „EURATOM“ ist ein Produkt des 20. Jahrhunderts und gehört heute in ein Geschichtsbuch staatlicher Irrwege. Wir fordern, dass die Initiative Irlands, Österreichs und des (damals rot/grün regierten) Deutschland endlich realisiert und eine Vertragsstaatenkonferenz mit dem Ziel einberufen wird, EURATOM entweder zu beenden oder zumindest jedem Staat den Austritt freizustellen. Zugleich muss die EU jegliche direkte oder indirekte Unterstützung der Neubaupläne von Atomkraftwerken – z.B. in Finnland, Frankreich, Rumänien und Bulgarien – verweigern.
- Die Europäische Kommission und erst recht zahlreiche Mitgliedstaaten sind in der Zielsetzung für die Entwicklung der erneuerbaren Energien zu zurückhaltend und zu unverbindlich und teilweise sogar offen feindlich eingestellt. Die Roadmap für erneuerbare Energien muss neben der Ergänzung um europaweite sektorale Ziele mit verbindlichen, sektoral spezifizierten nationalen Zielsetzungen für die Sektoren Strom, Treibstoffe und Wärme/Kälte ergänzt werden. Im Strombereich kann und muss die EU bis 2020 35-40% erreichen, im Wärmebereich mindestens 25%. Insgesamt ist – wie vom EP gefordert - ein 25% Ziel für erneuerbare Energien bis 2020 möglich und realistisch.
- In der Entwicklung des aufstrebenden Bioenergie-Sektors muss sich die EU umgehend für klare ökologische Leitplanken im Binnenmarkt und für deutliche und kontrollierbare Kriterien der ökologischen, ökonomischen und sozialen Nachhaltigkeit auf dem Weltmarkt einsetzen.
- Mit der Industrialisierung, basierend auf fossilen Energieträgern, hat insbesondere Europa den Weg in ein Wirtschaften und Leben mit exzessiv steigenden Material- und Energiedurchsätzen geöffnet. Das Paradigma eines nach oben unbegrenzten Material- und Energiewachstums ist ohne Verschlechterung der natürlichen Lebensbedingungen auf der Erde nicht zu halten. Das Signal des Abschieds von diesem stofflichen und energetischen Wachstumswahn sollte auch aus Europa kommen. Die Wirtschaft muss ihre Entwicklung künftig an Indizes der Umwelt- und Sozialverträglichkeit, nicht an einem in Kapitalumschlägen gemessenen Bruttosozialprodukt orientieren. Wir schlagen eine europaweite Debatte um umweltverträgliche Wirtschafts- und Lebensstile ohne Tabus und Denkverbote vor.

4. Energiepolitik muss Gemeinschaftsaufgabe werden

Die europäische Politik leidet unter der Inkonsistenz, dass Aktivitäten zu den ökologischen Konsequenzen der Energiewirtschaft über die Umweltpolitik vergemeinschaftet sind, die Energiepolitik selbst hingegen weiterhin der nationalen Souveränität überlassen bleibt. Mit dieser institutionellen Inkonsistenz wird die EU die Ziele eines wirksamen Klimaschutzes nur schwer erreichen können. Wir schlagen daher im Zusammenhang der Verfassungsdebatte auch die Vergemeinschaftung der europäischen Energiepolitik mit der zentralen Maßgabe vor, den Klimawandel einzudämmen und die europäische Solarunion zu verwirklichen.